



---

Kantonsrat

## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2018  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **A 606 Anfrage Koch Hannes und Mit. über die Personalsituation in der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Die Anfrage A 606 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Hannes Koch hält an der Dringlichkeit fest.

Hannes Koch: Die Dringlichkeit ist einfach zu begründen, da es sich um ein aktuelles Thema handelt. Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass die Verfahren korrekt durchgeführt werden. Es ist nicht angenehm, Personalfragen in der Öffentlichkeit zu diskutieren, deshalb stellen wir auch einzelne Fragen über die Anzahl der asylsuchenden Personen. In erster Linie geht es uns aber um das Verfahren. Wir gehen davon aus, dass diese Fragen positiv beantwortet werden können. Wäre dem nicht so, müsste sich unser Rat dieses Themas weiter annehmen. Es muss uns ein Anliegen sein, dass die Personalführung in den kantonalen Dienststellen korrekt gehandhabt wird.

Guido Müller: Die SVP-Fraktion lehnt die dringliche Behandlung ab, da die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt sind. Es liegt kein politisches Gewicht vor, und die Fragen können zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet oder bei einem traktandierten Geschäft eingebracht werden.

Johanna Dalla Bona-Koch: Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ebenfalls ab. Die Fragen sind zwar interessant, können aber problemlos in einer anderen Session beantwortet werden.

Sara Agner: Die SP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung zu. Bei den Fragen 9 bis 14 besteht aus unserer Sicht klar ein öffentliches Interesse.

Hans Lipp: Die CVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Anfrage kann tatsächlich positiv beantwortet werden. Im Moment ist das aber nicht möglich, da es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Die AKK und die Untergruppe GSD werden jedoch laufend darüber informiert. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 88 zu 23 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.